en2x zur Studie „Transformationspfade“ des BDI

„Die Transformation schneller und besser gestalten“

Setzt Deutschland seinen derzeit eingeschlagenen Weg fort, sind bis 2030 rund 20 Prozent der industriellen Wertschöpfung im Land bedroht, während die Klimaziele gleichzeitig weiter in die Ferne rücken. Das ist ein Ergebnis der heute vorgestellten   
Studie „Transformationspfade“ von BCG und IW Köln im Auftrag des BDI. „Das ist ein Alarmsignal, welches die aktuelle Regierung und auch künftige Regierungen ernst nehmen müssen“, sagte dazu en2x-Hauptgeschäftsführer Prof. Christian Küchen.

Um europa- und weltweit wettbewerbsfähig zu bleiben, ergibt sich daraus ein zusätzlicher Investitionsbedarf von 1,4 Billionen Euro für Staat und Wirtschaft bis zum Ende der laufenden Dekade. BDI-Präsident Siegfried Russwurm nannte als eine Handlungsfeld für die Politik, „die Molekülwende zu beschleunigen“ und „den Optionenraum für die Dekarbonisierung zu erweitern“. Das bedeute, dass alle Klimaschutz-Optionen – grüner Strom, grüne Moleküle und Carbon Management, also Speicherung und Nutzung von CO2 – stärker als bisher gleichberechtigt genutzt werden müssten.

Defizite bei Investitionen in grüne Kraftstoffe beseitigen

„Dieser Appell des BDI an die deutsche Politik ist genau richtig, denn bislang ist die Energiewende vor allem eine Stromwende“, sagte Küchen dazu. „Wir brauchen zusätzlich eine Molekülwende, also Regulierung und Anreize dafür, dass fossiles Öl durch grüne flüssige und gasförmige Energie ersetzt wird.“ Derzeit blieben die dafür notwendigen privaten Investitionen weitgehend aus. Das gelte selbst für erneuerbares Kerosin, da die europäisch und national beschlossene Regulierung keine ausreichend verlässlichen Geschäftsmodelle ermögliche.

„Die Studie und die Handlungsempfehlungen des BDI haben diese Defizite klar analysiert und konkrete Vorschläge für notwendige Regulierungsänderungen für eine Molekülwende gemacht.“ Dazu gehörten eine Reform der Energiebesteuerung sowie Klarheit und Verlässlichkeit der Anforderungen zur Treibhausgasminderung und zur EU-weiten CO2-Bepreisung für Kraftstoffe. „Für neue Technologien wie strombasierte Kraftstoffe sind wettbewerbsneutrale Finanzierungs-ansätze zu entwickeln, die die Risiken für die ersten industriellen Investitionen reduzieren.“

Industrielle Wertschöpfung im Land halten

Die Branche teile die Warnung des BDI vor Wertschöpfungsverlusten, wenn die Politik nicht gegensteuere. „Vereinfacht gesagt, hängt alles mit allem zusammen – Raffinerien, Stahl und Zement mit Chemie- und Autoproduktion sowie der Bauwirtschaft. Wenn einzelne Bausteine wie Raffinerien wegbrechen, hat das unmittelbare Auswirkungen auf die Versorgung anderer Branchen mit Grundstoffen. Es gilt, die Wertschöpfung weitestgehend im Land zu halten und gleichzeitig die Transformation in Richtung Klimaneutralität schneller und besser zu gestalten.“